



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/027/2021)**

**am Donnerstag, 8. Juli 2021,**

**18:00 Uhr**

**im Neuen Rathaus, Plenarsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:55 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitzender

Dirk Hilbert

Abwesenheit ab 19:30 Uhr

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Agnes Scharnetzky

CDU-Fraktion

Matthias Dietze

Peter Miersch

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Fraktion Alternative für Deutschland

Christian Pinkert

SPD-Fraktion

Dorothee Marth

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Melanie Hörenz-Pissang

Sven Marschel

Carsten Schöne

Anja Stephan

Vorsitz ab 19:30 Uhr

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Markus Degenkolb

Jan Donhauser

Christian Georgi

Ekaterina Kulakova

Sylvia Lemm

Anke Lietzmann

Jack Müller

Janett Schmeling

Roland Wirlitsch

Rüdiger Zwickirsch

Stellvertretende Mitglieder

Lucas Ehser

Maximilian Hempel

Kerstin Lies

Vertretung für Herrn Thomas Preißler

Vertretung für Herrn Franz-Josef Fischer

Vertretung für Frau Tina Siebeneicher

**Abwesend:****Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Tina Siebeneicher

**FDP-Fraktion**

Franz-Josef Fischer

**stimmberechtigte Mitglieder**

Thomas Preißler

**beratende Mitglieder**

Kathleen Fritz

Sascha König-Apel

Jan Pratzka

Gunther Reinsch

Michael Rollberg

Juliana Schneider

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

**Verwaltung:**

Frau Dreißig

Jugendamt

Frau Glöckner

Amt für Kindertagesbetreuung

**Gäste:**

Frau Sehm-Schurig

ZFWB gGmbH

**Schriftführerin:**

Frau Weber

SG Stadtratsangelegenheiten

## T A G E S O R D N U N G

### öffentlich

- |          |   |   |
|----------|---|---|
| <b>1</b> | Kontrolle der Niederschrift vom 20. Mai 2021  |   |
| <b>2</b> | Informationen/Fragestunde   |   |
| <b>3</b> | Berichterstattung KiNET - Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie  |   |
| <b>4</b> | Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2021/2022  | <b>V0748/21<br/>beratend<br/>(federführend)</b> |
| <b>5</b> | Anpassung des Elternbeitrags im Fall einer vom Träger der Kindertageseinrichtung pandemiebedingt reduziert angebotenen Öffnungszeit im eingeschränkten Regelbetrieb | <b>V0913/21<br/>beratend<br/>(federführend)</b> |
| <b>6</b> | Vergabe Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen im Jahr 2021 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen   | <b>V0881/21<br/>beschließend</b>                |
| <b>7</b> | Herstellung von Impfgerechtigkeit und zügige Erreichung einer hohen Impfquote bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie  | <b>A0219/21<br/>beratend</b>                    |
| <b>8</b> | Sozial aus der Krise – Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns begegnen  | <b>A0200/21<br/>beratend</b>                    |
| <b>9</b> | Berichte aus den Unterausschüssen   |   |

### nicht öffentlich

- |           |               |  |
|-----------|---------------|--|
| <b>10</b> | Informationen |  |
|-----------|---------------|--|

### öffentlich

- |           |  |                                  |
|-----------|--|----------------------------------|
| <b>11</b> | Aktionsprogramm des Bundes "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" - Umsetzung und Mittelverwendung im Jahr 2021 | <b>A0241/21<br/>beschließend</b> |
|-----------|--|----------------------------------|

**öffentlich**

**Einleitung:**

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste zur 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**Herr Schöne** bringt einen Eilantrag ein, der sich mit dem Aktionsprogramm des Bundes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ - Umsetzung und Mittelverwendung im Jahr 2021 (A0242/21) befasst.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** erklärt, dass er den Eilantrag auf die heutige Tagesordnung, nach TOP 8 aufnehme.

Zur Tagesordnung gibt es keine weiteren Fragen.

**1 Kontrolle der Niederschrift vom 20. Mai 2021**

Zur Niederschrift gibt es keinerlei Einwendungen. Sie wird einstimmig bestätigt.

**2 Informationen/Fragestunde**

**Frau Lemm** weist auf eine Veröffentlichung im Amtsblatt zum Thema „Umsetzung Sommerprogramm“ hin. Für die Kinder und Jugendlichen stehe ein Freizeitangebot von Beginn der Sommerferien bis Ende Oktober 2021 zur Verfügung. Es gebe viele Angebote im Bereich Bewegung, Kultur usw. Zusätzlich seien gemeinsam mit den Trägern noch über 21 stadtweite Angebote implementiert worden. Damit die Angebote auch die Schüler\*innen erreichen, wäre heute ein Infobrief an die Schulleitungen versendet worden. Des Weiteren werde noch die Sommertour des Beigeordneten für Bildung und Jugend stattfinden. Am 26. August 2021, um 15:30 Uhr, sei eine Tour durch den Stadtteil Gorbitz geplant, Treffpunkt Omse e. V. Zu diesem Termin lädt sie die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ein. Für den Termin der Klausur des Jugendhilfeausschusses würde sich der 9. September 2021, 12:00 bis 17:00 Uhr, herauskristallisieren. An die Mitglieder werde noch eine E-Mail versendet mit der Aufforderung, Themen für die Klausur bis Ende Juli 2021 einzureichen.

**Frau Lietzmann** informiert, in den letzten zwei Wochen seien die Corona-Gelder vom letzten Jahr vergeben worden. In der Friedrichstadt hätte man mit verschiedenen Akteuren Wünsche für die Friedrichstadt erarbeitet. Die Wünsche für die Friedrichstadt würden an den Stadtbezirksamtsleiter weitergegeben und im Stadtbezirksbeirat vorgestellt. Die digitale Rathaus tour sei gestartet. Die Tour stelle u. a. dar, wie der Stadtrat und die Verwaltung funktioniere. Die Tour könne gerne von den freien Trägern beworben werden und sei für Schüler\*innen ab der siebten Klasse geeignet. Am 15. Juli 2021 soll zwischen der Buchhandlung Thalia und Altmarktgalerie temporär ein Platz der Kinderrechte errichtet werden. Das Klimakonzept und der Mobilitätsplan

werde entwickelt. Es werde angestrebt, dass dazu ein Parallelprozess mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt werde.

**Frau Dahl** schlägt vor, dass sich die Mitglieder austauschen, wie die Einbringung bzw. Diskussion des Antrages A0142/20 in den Stadtbezirksbeiräten erfolgt wäre. Sie selbst sei bei der Sitzung im Stadtbezirksbeirat Cotta gewesen. Dort erlebte sie, dass von der Sitzungsleitung teilweise unvollständige Argumente vorgetragen worden seien. Die Besonderheit bei dem Thema sei, dass zwei Stellungnahmen der Verwaltung vorlägen, die nicht so richtig zueinander passen würden. Sie hätte aber trotzdem erwartet, dass sich die Sitzungsleitung neutral verhalte.

Den selben Eindruck, berichtet **Frau Stadträtin Scharnetzky**, hätte sie bei der Sitzung des Stadtbezirksbeirates in Blasewitz gewonnen.

**Herr Stadtrat Kießling** war bei den Sitzungen der Stadtbezirksbeiräte in Pieschen, Klotzsche und Altstadt. Es sei erkennbar, dass sich die Stadtbezirksamtsleitungen abgesprochen hätten. Deutlich sei hervorgekommen, dass die Stadtbezirksamtsförderrichtlinie nicht angetastet werden soll. Er hätte eine Anfrage an den Oberbürgermeister gestellt, ob die Stellungnahme des Rechtsamtes noch gelte. Die Aussagen der Stadtbezirksamtsleitungen seien unterschiedlich gewesen. Im Stadtbezirk Altstadt hätte die Sitzungsleitung gesagt, wenn ein Fachamt was nicht wolle, würde er es dem Stadtbezirksbeirat erst gar nicht vorlegen. Es hätte mehrere Ideen gegeben, wie mit dem Thema umgegangen werde.

**Frau Stephan** führt aus, sie wäre in der Sitzung des Stadtbezirksbeirats Neustadt gewesen. Die Sitzungsleitung hätte nicht gut moderiert und eine Stellungnahme abgegeben, die so nicht abgestimmt gewesen wäre. Ihrer Meinung nach sei die Rolle, die die Verwaltung eingenommen hätte, nicht angemessen gewesen und dazu wünsche sie sich eine Aussprache. Sie möchte vom Oberbürgermeister wissen, wie aus seiner Sicht jetzt die weitere Vorgehensweise sei.

Aus der Sitzung des Stadtbezirksbeirates Plauen berichtet **Herr Schöne**, er hätte den Eindruck gewonnen, dass die Sitzungsleitung nicht die Position der Verwaltung vertreten hätte. Er gehe davon aus, dass der Stadtrat eine Entscheidung treffe, die der Rechtssicherheit dienlich sei.

**Herr Stadtrat Pinkert** stellt klar, dass nicht der komplette Jugendhilfeausschuss hinter dem Antrag stehe. Dies hänge vielleicht auch mit der Ausgestaltung des Antrages zusammen. Wenn im Antrag enthalten sei, dass Personalkosten nicht gefördert werden dürfen, dann sei es schon schwierig, wenn auch nur ein Euro an Personalkosten aufgeführt werde, egal, ob dann beispielsweise die Leistung auf Honorarbasis erbracht werde. Dann handle es sich schon um eine Personalkostenförderung und demzufolge müsse jedes Projekt, was mit Jugendlichen zu tun hätte und Betreuungspersonen involviert seien, automatisch in den Jugendhilfeausschuss. Dass sich dann die Stadtbezirksbeiräte in ihren Rechten beschnitten fühlen, sei nicht verwunderlich. Es handle sich auch um eine Zeitfrage, da dann wesentlich mehr Vorlagen bzw. Anträge im Jugendhilfeausschuss behandelt werden müssten.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** erklärt, der Antrag laufe in der Behandlung ganz normal weiter und der Stadtrat treffe die abschließende Entscheidung. Die Hinweise nehme er aber mit und werde diese in seiner Dienstberatung ansprechen. Die Sitzungsleitung hätte sich generell neutral zu verhalten.

**Herr Stadtrat Kießling** bittet darum, dass in der Niederschrift vermerkt werde, dass die von dem Vertreter der AfD-Fraktion behaupteten Sachverhalte so nicht im Antrag stehen.

Folgende Bitte trägt **Herr Stadtrat Kießling** vor:

Der Kinder- und Jugendbericht sollte im Jugendhilfeausschuss behandelt werden. Zur Vorstellung sollte Frau Prof. Besand (Technische Universität Dresden) eingeladen werden.

Mit dem Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst sei eine Absenkung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit beschlossen worden. Darauf müsste irgendwann reagiert werden im Rahmen des beschlossenen Rahmenplanes. Wie im Bereich Kita mit der Arbeitsabsenkung umgegangen werde, interessiere ihn.

Bezgl. des Kinder- und Jugendberichtes sei die Verwaltung schon in Abstimmung, so **Frau Lemm**. Das Thema sei für die Tagesordnung nach der Sommerpause geplant.

Die zweite Frage werde lt. **Frau Grohmann** schriftlich beantwortet.

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Fragen angezeigt.

### **3 Berichterstattung KiNET - Netzwerk für Frühprävention, Sozialisation und Familie**

Anhand einer Präsentation stellen **Frau Grohmann** und **Frau Sehm-Schurig** den Tagesordnungspunkt vor.

**Herr Stadtrat Kießling** möchte gerne, dass anhand von Beispielen dargestellt werde, was genau in der Praxis getan werde.

Wie effizient das Netzwerk sei, interessiert **Herrn Stadtrat Dietze** und welche Auswirkungen es auf die Kinder und Jugendlichen hätte.

**Herr Schöne** bedankt sich für den Vortrag und bei den Mitwirkenden. Der Wunsch der Berichterstattung zum KiNET stehe im Zusammenhang mit dem Bericht zur Sozialraumorientierung. In der Evaluation sehe er etliche Impulse für die Weiterentwicklung und um erneut zu schauen, ob z. B. das Modell geeignet sei.

**Frau Stephan** fände es schade, dass das Stichwort Übergangsmanagement für Irritationen Sorge, dies bedeute z. B. wenn eine Familie mit wenig Bildungszugang sein Kind in der Grundschule anmelden soll und überhaupt keinen Plan (vorschulische Bildung an der Kita) hätte. Diese Beiträge würden in den meisten Kitas geleistet, aber an Kitas mit besonderen Herausforderungen könne dies im Einzelfall nur schlecht geleistet werden, wenn es keine Kooperationspartner gebe. Das wäre ein Teil der Arbeit, die durch das KiNET geleistet werde. Sie hätte sich einige Themen (Übergangsmanagement Kita, Schule und Hort usw.) notiert, die in der Klausur bearbeitet werden können. Es müsse auch überlegt werden, wie weiter vorgegangen werde mit den Arbeitsprinzipien (u. a. Entsäulung), die im Raum stehen. Es fehle die Kraft und Steuerungskompetenz, um die Prozesse durch- und auszuhalten. Das KiNET sei ein wunderbares Beispiel dafür,

dass Prozesse auch gut angeschoben und fortgeführt werden können. Auch die Frage, wie weiter gemacht werde mit der Jugendhilfeplanung, docke an das Thema KiNET an.

Die konkrete Maßnahme möchte **Herr Stadtrat Dietze** abgebildet sehen. Was KiNET konkret leiste, dass die Sozialraumorientierung hergestellt und verbessert werde.

**Herr Schöne** ruft in Erinnerung, dass der EB Kita regelmäßig Berichterstattung zum Verlauf des Projektes KiNET im UA Kita durchgeführt hätte.

**Frau Grohmann** erläutert, das Besondere und Effektive sei, dass KiNET nicht den Einzelfall bearbeite. Es würden Strukturen geschaffen, damit überhaupt eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure möglich wäre. In Gorbitz und Prohlis gebe es über 3.000 Kinder, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden. Es gelte Verfahren und Prozesse zu gestalten, wie beispielsweise die allgemeingültige Zusammenarbeit mit dem ASD Gorbitz. Es würden Verfahren, Prozesse und Wissen geschaffen, die aufzeigen, welche Verfahren, z. B. im Rahmen der Kindeswohlgefährdung, bereitgestellt werden müssen.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

#### 4 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2021/2022

V0748/21  
beratend  
(federführend)

Die Beschlussempfehlung des UA Kita wird von **Herrn Schöne** eingebracht.

**Frau Grohmann** weist darauf hin, dass der Stützpunkt für schlechtes Wetter voll belegt sei. Wenn ausgebaut werden soll, müsse ein Waldstück gefunden und ein Bauwagen vorgehalten werden. Dazu würden Investitionsmittel benötigt, diese Mittel seien nicht im Haushalt eingeplant. Das Auslaufmodell des Angebotes am Standort Jägerpark durch den EB Kita müsse zuerst eine Reduzierung erfahren, um das Angebot zu erweitern. Das bedeute, dass dies trotz Beschluss nicht bis September 2021 realisiert werden könne.

Die Hinweise der Verwaltung seien im UA Kita vorgetragen worden, hebt **Herr Schöne** hervor. Der zusätzliche Bedarf sei vom UA Kita bestätigt worden. Der Träger hätte glaubhaft eine hohe Nachfrage nachweisen können. Der stadtweite Charakter des Angebotes sei auch belegbar.

Es gibt seitens der Mitglieder keine weiteren Fragen. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** bittet um Abstimmung in Form der Beschlussempfehlung des UA Kita.

#### Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege Teil B für das Schuljahr 2021/2022.
2. Der Stadtrat nimmt die weiteren Teile der Fachplanung (Teil A, Teil B-1 sowie Teil C) zur Kenntnis.



3. Der Stadtrat beschließt, dass die Bedarfs- und Maßnahmenplanung von den Planungsverantwortlichen im Amt für Kindertagesbetreuung unterjährig zu aktualisieren ist. Der Stadtrat und der Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) werden zum 31. Dezember nach der Beschlussfassung über Änderungen informiert.
4. Die Kapazität an Betreuungsplätzen beim Träger Waldkindergarten e. V. wird von 20 auf 60 Plätze erhöht.

#### Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 3

- |   |  |   |
|---|--|---|
| 5 | <b>Anpassung des Elternbeitrags im Fall einer vom Träger der Kindertageseinrichtung pandemiebedingt reduziert angebotenen Öffnungszeit im eingeschränkten Regelbetrieb</b> | <b>V0913/21<br/>beratend<br/>(federführend)</b> |
|---|--|---|

Die wesentlichen Inhalte der Beschlussempfehlung des UA Kita werden von **Herrn Schöne** dargestellt.

**Frau Lies** merkt an, für die freien Träger stellen die Rückzahlungen einen unglaublichen hohen Verwaltungsaufwand dar. Mit der Verwaltung, die die freien Träger hätten, wäre dies eigentlich nicht machbar. Sie bittet darum, dass dies berücksichtigt werde oder es sollte überlegt werden, dass die Elternbeiträge durch die Stadt eingezogen werden.

Dazu müssen die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden, antwortet **Frau Grohmann**.

**Herr Stadtrat Dietze** meint, dass es sich lediglich um eine Empfehlung für die freien Träger handle.

Natürlich werden sich die freien Träger an dem Beschluss orientieren, äußert **Frau Lies**. Die Eltern, die ihre Kinder beim freien Träger untergebracht hätten, sollen nicht benachteiligt werden.

Es handle sich um ein Zugeständnis an die Eltern, was eben auch einen gewissen Aufwand mit sich bringe, hebt **Herr Oberbürgermeister Hilbert** hervor.

**Herr Marschel** weist darauf hin, dass eine gewisse Erwartungshaltung geschürt worden und der Druck von Seiten der Eltern schon sehr groß sei.

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Fragen angezeigt. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** bittet um Abstimmung zur Vorlage in Form der Beschlussempfehlung des UA Kita. Der Ausschuss ist beratend tätig.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**6 Vergabe Zuschüsse für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen im Jahr 2021 an Träger der freien Jugendhilfe von Kindertageseinrichtungen****V0881/21  
beschließend****Herr Schöne** bringt die Beschlussempfehlung des UA Kita ein.

Folgende Befangenheiten werden vor Eintritt in die Abstimmung angezeigt:

*Herr Marschel* „Diakonisches Werk Werk-Stadtmission Dresden gGmbH“*Frau Lies* „Malwina e. V.“

Die jeweiligen befangenen Mitglieder nehmen beim betreffenden Punkt nicht an der Abstimmung teil und rücken in den Zuschauerbereich.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** tritt in die Abstimmung ein. Der Ausschuss ist beschließend tätig.**Abstimmungsergebnis:**

Anlage 1

lfd. Nr. 7 bis 10

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

*\*Herr Marschel befangen*

lfd. Nr. 37 und 38

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

*\*Frau Lies befangen***Beschlussvorschlag:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Vergabe von Zuschüssen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens und für bauliche Maßnahmen für das Jahr 2021 in Höhe von 1.800.000,00 Euro gemäß der Anlage (zur Vorlage).
2. Beantragte Mittel in Höhe von 834.450,19 Euro werden nicht bewilligt.
3. Einer haushaltsneutralen Mittelumverteilung im Haushalt des Amtes für Kindertagesbetreuung vom Ergebnis- in den Investitionshaushalt, welche sich aus den Buchungsvorschriften ergibt, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

- |          |   |                              |
|----------|---|------------------------------|
| <b>7</b> | <b>Herstellung von Impfgerechtigkeit und zügige Erreichung einer hohen Impfquote bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie</b> | <b>A0219/21<br/>beratend</b> |
|----------|---|------------------------------|

**Herr Stadtrat Kießling** bringt den Antrag ein.

**Frau Hörenz-Pissang** und stellt die Beschlussempfehlung des UA Planung vor.

**Herr Stadtrat Dietze** beschleiche das Gefühl, dass der Jugendhilfeausschuss nicht zuständig sei und vieles, was im Antrag enthalten wäre, erfolge ohnehin schon. Er schlägt vor, dass sich der Jugendhilfeausschuss für nicht zuständig erkläre. Er sehe eine Zuständigkeit nur bei dem Beschlusspunkt 1, letzter Anstrich. Möglicherweise könne eine Abstimmung in diesem Sinne herbeigeführt werden.

**Herr Schöne** konstatiert, einige Sachverhalte des Antrages erübrigen sich derzeit. Die zur Verfügung stehenden Impfdosen würden nicht hinreichend ausgenutzt. Der wesentliche Aspekt des Antrages schein daher zu sein, dass Aufklärung und Information betrieben werde. Er gehe davon aus, dass das Thema ohnehin bei den Streetworker\*innen zum Alltagsgespräch gehöre. Es bedürfe keinen gesonderten Aufruf. Die Diakonie hätte mit ihrer Impfkation an wohnungslose Menschen genau den richtigen Ansatz verfolgt.

Es werden keine weiteren Fragen angezeigt. **Herr Oberbürgermeister Hilbert** bittet zunächst um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag von Herrn Stadtrat Dietze. Sollte dieser keine Mehrheit erhalten, werde er die Beschlussempfehlung des UA Planung zur Abstimmung bringen. Der Ausschuss ist beratend tätig.

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Zuständigkeit

Ja 6 Nein 5 Enthaltung 4

- |          |   |                              |
|----------|---|------------------------------|
| <b>8</b> | <b>Sozial aus der Krise – Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Lockdowns begegnen</b> | <b>A0200/21<br/>beratend</b> |
|----------|---|------------------------------|

**Frau Hörenz-Pissang** bringt die Beschlussempfehlung des UA Planung ein.

**Frau Stadträtin Scharnetzky** beantragt, dass in die Beschlussempfehlung aufgenommen werde, dass der Jugendhilfeausschuss eine Expertenanhörung durchführen wolle.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** fragt, ob jetzt eine Vertagung beantragt worden sei mit dem Wunsch, dass eine Expertenanhörung erfolge oder heute über den Antrag abgestimmt werden soll mit einer Ergänzung in der Beschlussempfehlung um den Punkt, dass eine Expertenanhörung erfolgen soll.

**Frau Stadträtin Scharnetzky** meint, dass das letzteres gemeint sei.

**Herr Stadtrat Dietze** erklärt, der Antrag sei sehr schwammig formuliert und die Verwaltung hätte erklärt, dass die Dinge, die der Antrag enthalte, ohnehin schon erfolgen würden. Die CDU-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Auf der einen Seite gebe es relativ viele Vermutungen und Behauptungen usw., die besagen, dass wegen der Corona-Pandemie verschiedene Bedarfe notwendig seien, so **Herr Stadtrat Kießling**. Faktisch festgestellt seien die Bedarfe aber nicht. Dazu komme noch, dass die Bedarfsplanungen mit unterschiedlichen Zeitfenstern versehen seien. Ihn interessiere, wie in den beschlossenen Planungsprozessen die Folgen der Corona-Pandemie eingepflegt werden. Im Bereich der Jugendhilfe sei die Jugendhilfeplanung gesetzlich vorgeschrieben. Der Antrag wolle, dass die unterschiedlichen temporären Planungsprozesse angeschaut werden und die Frage erläutert werde, ob Folgen, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst worden seien, sich in der Bedarfslage widerspiegeln. Es müsse beachtet werden, dass die verschiedenen Leistungsbereiche für sich die Zielstellungen bearbeiten. Es sollen die Folgen der Corona-Pandemie, strategisch betrachtet, in die Planung implementiert werden. Als erster Schritt benötige man eine Erfassung, ob Bedarfslagen aus der Corona-Pandemie hervorgegangen seien. Dazu könne eine Expertenanhörung hilfreich sein. Im Ausschuss für Soziales und Wohnen sei man der Auffassung, dass eine Anhörung in einem gesonderten Antrag extra beantragt werden müsse. Es gebe anscheinend bei dem Prozedere der Expertenanhörung eine Änderung, dies verwundere ihn schon etwas. Er würde den Ergänzungsantrag auf eine Expertenanhörung zustimmen, denn es sei notwendig, dass eine Expertenanhörung stattfinde.

Die Tatsache, dass er schon mehrmals verklagt worden sei, so **Herr Oberbürgermeister Hilbert**, veranlasse ihn, sich nüchtern an die gesetzlichen Vorgaben zu halten.

**Herr Stadtrat Pinkert** bemerkt, eine Zeitschiene fehle ihm. Es soll mit einer Bedarfsermittlung gestartet werden und gleichzeitig müsse aber auch ein Endzeitpunkt festgelegt werden. Die Ergebnisse nähmen dann Einfluss auf die nächste Periode, wo Hilfen verabschiedet werden. Es sollten schon im Jahr 2022 die Mittel in die neu entstandenen Bedarfe umgelenkt werden.

Die Indikatoren, dass ein Reflexionsraum notwendig sei und dass es bereits veränderte Bedarfe gebe, wären sehr deutlich, äußert **Frau Stadträtin Scharnetzky**. Die Lage sei extrem dynamisch und vor diesem Hintergrund sollte man sich bzgl. der Zeitschiene nicht festlegen. Sie denke, dass man so viel Vertrauen in die Verwaltung haben könne, dass eine zeitnahe Umsetzung der Expertenanhörung erfolge.

**Herr Oberbürgermeister Hilbert** entschuldigt sich, er hätte noch eine terminliche Verpflichtung und müsse die Sitzung leider verlassen.

**Frau Hörenz-Pissang** übernimmt die Sitzungsleitung.

Die Ausführungen von Herrn Stadtrat Kießling hätten zu mehr Klarheit, Inhalt und Ziel des Antrages beigetragen, so **Herr Schöne**. Mit Blick auf die kommunalen Planungen, die in sehr unterschiedlichen Qualitäten aus den einzelnen Bereichen vorlägen, wäre es ein grundsätzliches Thema, sich zu verständigen, wie kommunale Planung vollzogen werden soll. Er hoffe, dass es gelinge, bis zum Ausschuss für Soziales und Wohnen die Anregung aus dem UA Planung aufzunehmen. Der Durchführung einer Expertenanhörung werde er zustimmen.

**Herr Stadtrat Dietze** führt aus, die Einschätzung der Lage aus Zeitungsartikeln könne nicht Grundlage der Planung sein. Der Antrag sei schwammig und es müsse bezogen auf die Kriterien auf die Evaluation eingegangen werden. Die Verwaltung hätte bei einer Bedarfsabfrage auch schon veränderte Bedarfe festgestellt. Die Hilfepläne seien daraufhin schon angepasst worden. Diese Sachlage sollte auch mit einbezogen werden.

Der Antrag sei bewusst weit gefasst worden, gibt **Frau Lemm** bekannt. Die Auswirkungen der pandemischen Lage würden nicht erst lange analysiert, sondern sofort bearbeitet. Die Fallzahlen hätten sich natürlich verändert und ein Drittel der Fälle könne auf die pandemische Lage zurückgeführt werden. Im Bereich der offenen Leistungen seien die Maßnahmen ein Stück weit manifestiert. Aber mit dem Beschluss zur Förderung für das Jahr 2021/2022 hätte eine Verabredung auf Umsetzung von planungsrelevanten Ergebnissen getroffen werden können. Dies konkretere die Situation ein Stück weit. Derzeit hole sich das Jugendamt die Fachmeinung der Kollegen\*innen, die an der Basis arbeiten, ein. Sie wünsche sich, dass die Experten bei der Expertenanhörung nicht bloß die Sprecher\*innen der Zeitungen seien.

**Herr Marschel** macht darauf aufmerksam, dass es bzgl. der Experten auch noch die Wohlfahrtsverbände gebe. Er hätte gedacht, dass heute noch eine Präzision zum Antrag erfolge. Er unterstreicht, dass man nicht rückwirkend feststellen wolle, was hätte denn 2021/2022 getan werden müssen. Man befinde sich aber im jetzt und hier und es werde schon auf die Situation reagiert. Für ihn stelle sich die Frage, wie eine Berichterstattung erfolgen könne über die Maßnahmen, die bereits umgesetzt worden seien, wie damit umgegangen werde und wie noch weitere Erkenntnisse miteinfließen können. Das lese er aber aus dem Antrag nicht heraus.

**Frau Stadträtin Scharnetzky** beantragt, dass eine Expertenanhörung durchgeführt wird.

**Frau Stephan** beantragt, dass die Expertenanhörung bis zum 15. November 2021 durchzuführen sei.

**Frau Hörenz-Pissang** bittet zunächst um Abstimmung zum Antrag von Frau Stadträtin Scharnetzky und anschließend bringt sie den Antrag von Frau Stephan zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis über folgende Anträge:**

**„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass eine Expertenanhörung durchgeführt wird.“**

Ja 8 Nein 0 Enthaltung 6 Zustimmung

**„Die Expertenanhörung soll bis zum 15. November 2021 durchgeführt werden.“**

Ja 8 Nein 2 Enthaltung 4 Zustimmung

**Frau Hörenz-Pissang** bittet um Abstimmung über die Beschlussempfehlung des UA Planung. Der Ausschuss ist beratend tätig.

**Herr Stadtrat Kießling** bittet darum, dass ihm die Hinweise, die im UA Planung erarbeitet worden wären, zur Verfügung gestellt werden.

Die Hinweise seien von Frau Stadträtin Barkow gesammelt worden, hebt **Frau Hörenz-Pissang** hervor.

### **Beschlussvorschlag:**

Es ist davon auszugehen, dass die Corona-Krise und die damit verbundenen Begleitmaßnahmen einige bestehende soziale und individuelle Problemlagen verschärft und neue bisher nicht vorhandene Risiken erzeugt haben. Um im weiteren Verlauf der Krise und ihrer Bewältigung adäquat auf mögliche neue soziale Herausforderungen eingehen und passende Unterstützungsangebote unterbreiten zu können, soll die Struktur der Angebote und sozialen Dienstleistungen in Dresden genau erfasst und auf ihre Passgenauigkeit auf die aktuellen Bedarfe überprüft werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die einzelnen Bereiche der Sozialplanung, Jugendhilfeplanung, Planungen im Bereich der Gesundheitsprävention sowie Planungen des Jobcenters daraufhin zu prüfen, ob im Zusammenhang mit Corona und den damit verbundenen Begleitmaßnahmen bisher nicht erfasste Bedarfe erkannt werden.
2. darzustellen, wie die einzelnen Planungen im Sozial- und Jugendhilfebereich in der aktuellen Situation überprüft und ggf. angepasst werden.
3. darzustellen, ob mögliche zusätzlich erkannte Bedarfe in den einzelnen Planungen der Sozial- und Jugendhilfe in den bestehenden Strukturen durch Aufgabenveränderungen oder Aufgabenerweiterungen abgedeckt werden können. Sofern eine entsprechende Aufgabenveränderung nicht möglich ist, ist darzustellen, welche zusätzlichen Bedarfe in der bestehenden Struktur nicht abgedeckt werden können. Die Darstellung soll entsprechend der jeweiligen Planungslogik vordergründig nach Sozialräumen erfolgen.

Bei der Erarbeitung der Analysen sollen Erkenntnisse bundesweiter Studien sowie Erfahrungen und Erkenntnisse lokaler Träger herangezogen werden.

4. aus den Ergebnissen der Punkte 1) bis 3) einen Bericht zu verfassen und in den Fachgremien des Stadtrates vorzustellen.

Es sollen so Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob, in welcher Dringlichkeit und mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten die bestehende Struktur der sozialen Dienstleistungen und Unterstützungsangebote verändert oder ergänzt werden sollte, um die aktuelle Krise und ihre Folgen bewältigen bzw. abmildern zu können.

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass eine Expertenanhörung bis zum 15. November 2021 durchzuführen ist. (Abstimmung: Ja 8 Nein 2 Enthaltung 4)**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung mit Ergänzung  
Ja 8 Nein 2 Enthaltung 4

**9 Berichte aus den Unterausschüssen**

**Frau Dahl** berichtet, der UA Förderung hätte sich mit der Umsetzung „Beschluss A0141/20 - Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung des Förderverfahrens“ beschäftigt. Der UA Förderung wolle sich Experten\*innen einladen, die direkt mit dem Förderverfahren bei den Trägern zu tun hätten. Dazu werde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt. Der UA Förderung und Planung wolle gemeinsam zu dem Thema eine Sitzung durchführen.

**Herr Schöne** informiert, der UA Kita hätte die Vorlage V0748/21 und V0913/21 in seiner Sitzung beraten. Des Weiteren hätte noch ein Austausch zum Thema „Sport Bewegungsförderung in Kitas“ stattgefunden. Die Schwimmangebote für Kinder im Kitaalter gestalte sich derzeit schwierig. Durch den Ausfall der Schwimmunterrichte der Grundschüler\*innen seien die Kapazitäten der Schwimmhallen ausgebucht.

Es gibt keine weiteren Berichte.

<b>11</b>	<b>Aktionsprogramm des Bundes "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" - Umsetzung und Mittelverwendung im Jahr 2021</b>	<b>A0241/21 beschließend</b>
-----------	---	----------------------------------

Der Antrag wird von **Herrn Schöne** eingebracht.

Die Verwaltung bitte auch um Zustimmung zum Antrag, so **Frau Lemm**. Derzeit lägen die Bedarfsanzeigen der Träger bei 250.000 Euro.

**Frau Dahl** berichtet, das Thema sei im UA Förderung kurz besprochen worden. Der UA Förderung befürworte den Antrag.

**Herr Stadtrat Pinkert** macht darauf aufmerksam, dass unter Beschlusspunkt 2 ein Fehler aufgetreten sei, da sicher die Vorlage V0780/21 gemeint sei.

Da es sich bei dem Hinweis um eine redaktionelle Änderung handle, lässt **Frau Hörenz-Pissang** dies in den Beschluss aufnehmen.

**Herr Stadtrat Kießling** möchte wissen, welche kurzfristige Maßnahmen gemeint seien, das sei missverständlich im Antrag ausgedrückt.

**Herr Schöne** führt aus, dies beziehe sich auf alle Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe. Die Kurzfristigkeit beziehe sich auf die kurzfristig zur Verfügung gestellten Mittel.

**Frau Dahl** beantragt, dass das Wort „kurzfristig“ im Beschlusspunkt 1 gestrichen werde.

**Herr Schöne** übernimmt den Vorschlag von Frau Dahl.

Seitens der Mitglieder werden keine weiteren Fragen angezeigt. **Frau Hörenz-Pissang** bittet um Abstimmung zum Antrag. Der Ausschuss ist beschließend tätig.

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die im Rahmen des Aktionsprogrammes „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ durch den Bund zur Verfügung gestellte und durch den Freistaat Sachsen ausgereichte erste Zuwendung 2021 in Höhe von etwa 80.000 Euro für Maßnahmen in Rahmen der Kinder- und Jugenderholung sowie Ferienfreizeiten zu verwenden und umzusetzen.

Die mit Beschluss V0780/21, Anlage 1, Punkt 6, festgelegte Priorisierung für zusätzlich zur Verfügung gestellte Mittel im Bereich der Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe gilt hierbei nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

**Frau Hörenz-Pissang** bedankt sich für die Aufmerksamkeit und erklärt die Sitzung für beendet.

Dirk Hilbert  
Vorsitzender

Melanie Hörenz-Pissang  
Stellv. Vorsitzende

Monika Weber  
Schriftführerin

Agnes Scharnetzky  
Stadträtin

Matthias Dietze  
Stadtrat